

PRESSEINFORMATION

Landesvorstand fast einstimmigen Beschluss

Lebenshilfe NRW und AfD sind unvereinbar

Hürth. Die Lebenshilfe und die AfD sind unvereinbar. Diesen Beschluss fasste einstimmig der Landesvorstand der Lebenshilfe NRW. Grund ist die Rede des Thüringer Fraktionsvorsitzenden der AfD Björn Höcke, in der dieser eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad fordert; wenige Tage vor dem Holocaust-Gedenktag. Im Bundestag wurde zu diesem Anlass besonders an die fabrikmäßige Tötung von 300.000 Menschen durch die „Euthanasie“ erinnert.

„Höcke bezeichnete das Holocaust-Mahnmal in Berlin als ‚Denkmal der Schande‘. Seine Rede ist ein Schlag gegen die Opfer aller NS-Verbrechen. Menschen mit geistiger Behinderung gerieten früh in den Fokus der NS-Rassenideologie. Das macht Höcke auch mit seiner Aussage zur Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 sehr deutlich. Für die Menschen mit Behinderung war es ein Tag der Befreiung! Der samtweiche Umgang der AfD mit ihrem völkischen Flügel, den Höcke anführt, ist mit den Werten und Zielen der Lebenshilfe unvereinbar. Das Fundament der Lebenshilfe NRW ist die Arbeit unseres erst im letzten Jahr gestorbenen Gründers Tom Mutters. Er nahm sich nach dem Ende der NS-Diktatur der verwahten Kinder mit geistiger Behinderung an, die der NS-Tötungsmaschine entkommen waren“, sagt Schummer.

Medial weniger beachtet ist eine Passage in Höckes Rede, in der er soziale Organisationen, wie auch die Lebenshilfe NRW, direkt angriff. Sie seien, wie Kirchen und Gewerkschaften, verantwortlich für die Auflösung des deutschen Volkes. „Auch diese Sätze zeigen die Unvereinbarkeit zwischen AfD und der Lebenshilfe NRW. Unsere Mitglieder und Mitarbeiter leisten seit vielen Jahren wichtige und sinnvolle Arbeit vor Ort. Sie setzen sich für die Menschen ein und legen keine völkischen oder ethnischen Maßstäbe zugrunde. Sie dienen den Menschen und ihren individuellen Bedürfnissen und sorgen für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung selbstverständlich teilhaben“, sagt Schummer.

„Ein weiterer Grund, warum die Lebenshilfe NRW und die AfD unvereinbar sind, ist ihre Positionierung zur Inklusion im NRW-Landtagswahlprogramm 2017. Darin erklärt sie die Arbeit, für die sich die Lebenshilfe seit über 50 Jahren einsetzt als ‚ideologischen Irrweg‘. Das widerspricht unserer Idee einer Gesellschaft, in der Teilhabe statt Ausgrenzung gelebt wird. Wer Inklusion als ‚ideologischen Irrweg‘ diskreditiert, will Menschen mit Behinderung wieder an den Rand der Gesellschaft schieben und verstecken“, so Schummer.

Pressekontakt:

Philipp Peters

Telefon: 02233 93245-636

E-Mail: peters.philipp@lebenshilfe-nrw.de

Die 76 nordrhein-westfälischen Orts- und Kreisvereinigungen der Lebenshilfe mit rund 21.500 Mitgliedern sind Träger oder Mitträger von zahlreichen Diensten, Einrichtungen und Angeboten für Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung. Sie alle sind Mitglieder im nordrhein-westfälischen Landesverband, der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen e.V. In Frühförderstellen, (meist integrativ) Kindergärten und Krippen, Schulen und Tagesförderstätten, Werkstätten, Fortbildungs- und Beratungsstellen, Sport-, Spiel- und Freizeitprojekten, Wohnstätten und Wohngruppen sowie Familienentlastenden Diensten werden Kinder, Jugendliche und Erwachsene gefördert, betreut und begleitet.

Hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen der Lebenshilfe sind mit diesen Aufgaben betraut. Angehörige von Menschen mit Behinderung können sich in Elterngruppen austauschen, behinderte Menschen selbst arbeiten immer stärker in den Vorständen und anderen Gremien der Lebenshilfe mit. Die 76 nordrhein-westfälischen Lebenshilfen sind in der Beratung, Fortbildung und Konzeptentwicklung tätig und vertreten die Interessen behinderter Menschen und ihrer Familien gegenüber den Ländern bzw. der Bundespolitik.